

BBB: Wessen Spiel spielt der Gesamtelternbeirat?

(Bruchköbel / BBB / jgd) – „Wenn Eltern auf Mitglieder des Bruchköbeler Bürgerbunds (BBB) mit ihren Problemen zukommen, und zwar mehrfach in Gesprächen und E-Mails in mehreren Stadtteilen, dann nehmen wir uns dieser Probleme an“, stellt BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold klar, dass er sich ein Engagement für die Eltern in Bruchköbel nicht verbieten lasse. Eine solche Verbotsforderung stellten die Einlassungen des Gesamtelternbeirats der Kindertagesstätten (GEB) dar. - Die Tatsache, daß sich im Januar mehrere Elternpaare wegen der neuen Regeln zur Kindergartenverpflegung an den BBB gewendet haben, zeige, daß Handlungsbedarf bestand und der GEB hier nicht wirklich erfolgreich gearbeitet habe. Der BBB habe die Anliegen der Eltern, die sich an ihn gewendet hatten, geprüft, diese als berechtigt beurteilt und sich dann dafür eingesetzt. Dies als „Populismus“ zu diffamieren, sei ein ausgesprochen schlechter Stil seitens der drei GEB-Sprecher und letztlich eine Brückierung der angeblich von ihnen vertretenen Elternschaft. Es seien letztlich die Anliegen der Eltern, die der GEB-Vorstand als „unsinnig“ bezeichnet habe. - Die Kindergärten der Stadt seien öffentliche Einrichtungen und somit Aufgabenfeld aller demokratisch gewählten Stadtverordneten. „Der GEB

will offensichtlich davon ablenken, dass er die Probleme der Eltern nicht rechtzeitig aufgegriffen hat“, vermutet Alexander Rabold. Es werde dabei seitens der GEB-Sprecher mit der Unwahrheit argumentiert. Denn der BBB habe entgegen den Behauptungen des GEB nicht gegen die vergleichsweise geringe Gebührenanpassung die Initiative ergriffen. Der Bruchköbeler Bürgerbund habe vielmehr kritisiert, dass Eltern neuerdings bei Krankheit ihrer Kinder zwei Wochen lang Essensgeld weiter zahlen sollen, obwohl ihre Kinder gar nicht in der KiTa essen. Weiter stand die unflexible Regelung mit ursprünglich geplanter vierteljährlicher An- und Abmeldung in der Kritik. Beides zusammen führe zu wesentlich höheren Belastungen als die eigentliche Gebührenanpassung und sei somit als versteckte Gebührenerhöhung zu betrachten. - „Es ist wichtig, wenn sich Eltern ehrenamtlich engagieren. Dies unterstützen wir als Bruchköbeler Bürgerbund und gerade auch die Eltern aus unseren Reihen, die selbst in den Elternbeiräten für ihre Kinder an den Schulen und Kindergärten mitarbeiten. Diese sind aber keine exklusiven Clubs, welche beispielsweise die politisch verantwortlichen Stadtverordneten aus diesem Aufgabebereich einfach ausschließen können“ sieht Harald Hormel Mängel im demokratischen Verständnis, wenn sich der

GEB eine Einmischung verbitte und erst kürzlich Anfragen und Auskunftersuchen aus der Stadtverordnetenversammlung zur Kinderbetreuung abgelehnt habe. „Der Bruchköbeler Bürgerbund steht zur Verantwortung und Mitgestaltung der Kinderbetreuung in Bruchköbel. Dies betrifft auch den schon jetzt verzögerten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren als wichtigen Bestandteil der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so Harald Hormel weiter. - „Die Tatsache, dass die Kindergärten mit einem Zuschuss von bald vier Millionen Euro zentraler Bestandteil des städtischen Etats sind, macht es für alle Fraktionen zur Pflicht, sich dieses Themas anzunehmen“, so BBB-Vorsitzender Joachim Rechholz. Die Stadt müsse auch in Zukunft kinder- und jugendfreundlich handeln können und die Unterstützung der Familien im Mittelpunkt halten. Es sei deshalb bedauerlich, wenn andere Fraktionen die Sorgen von Eltern nicht aufgreifen. Dies hätten wohl auch die betroffenen Eltern so erkannt, die sich an den Bruchköbeler Bürgerbund gewandt hätten. „Die aggressive Reaktion des GEB darauf, jenseits der Interessen betroffener Eltern, ist nicht nachvollziehbar - weshalb zu fragen bleibt, wessen Spiel der GEB gerade vor der Kommunalwahl eigentlich spielt?“ so Alexander Rabold abschließend.